

„Weiteres Aussitzen ist nicht hinnehmbar“

Betroffene fordern endlich eine Entschuldigung und Entschädigung. Die Landesregierung hält jedoch andere Themen derzeit für dringlicher.

Von Sören S. Sgries

Heidelberg/Stuttgart. 684 Seiten stark, dicht bedruckt: Es ist ein opulentes Werk, in dem der „Radikalenerlass“ in Baden-Württemberg aufgearbeitet wurde. Drei Jahre lang durchforstete dafür ein Historiker-Team an der Uni Heidelberg die Archive und befragte Zeitzeugen. Rund 250.000 Euro stellte das baden-württembergische Wissenschaftsministerium zur Verfügung. Das Ergebnis: „Dieser Radikalenerlass war tatsächlich ein Desaster für die Bundesrepublik“, sagte Prof. Edgar Wolfrum, der die Forschung leitete, schon [im Januar gegenüber der RNZ](#). „Es war eine Hexenjagd gegenüber jungen Menschen, denen Verfassungsfeindlichkeit unterstellt wurde.“

Ein klares Urteil, das wenig Deutungsspielraum lässt. Und damit eine gute Grundlage sein könnte für eine offizielle Entschuldigung bei den Betroffenen, vielleicht sogar für eine Entschädigung für erlittenes Unrecht. Oder? „Persönlich finde ich, einem Land wie Baden-Württemberg würde kein Zacken aus der Krone brechen, wenn es seitens der Landesregierung eine Entschuldigung gegenüber den damals Betroffenen geben würde“, hatte Wolfrum gegenüber der RNZ gesagt. Passiert ist seitdem: nichts. Und die Betroffenen sind mit ihrer Geduld am Ende.

„Wie so oft in der Vergangenheit warten aber die Betroffenen bis heute auf eine inhaltliche Beantwortung durch die Landesregierung“, heißt es in einem Offenen Brief von sieben Betroffenen aus der Rhein-Neckar-Region an Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Dabei dürften sich die Verantwortlichen „nicht länger um diese Entscheidung herumdrücken“ – schließlich hätten auch andere Landesparlamente schon Beschlüsse zur Rehabilitierung gefasst. „Weiteres Aussitzen ist nicht hinnehmbar.“

Den Ministerpräsidenten greifen die Betroffenen auch persönlich an: Als Blockierer nehmen sie den Grünen wahr – und das schon seit 2012, als sich erstmals die „Initiativgruppe 40 Jahre Radikalenerlass“ gründete. Damals hatte Kretschmann eine wissenschaftliche Aufarbeitung gefordert, ehe er sich positionieren wollte. Sein Verhalten jetzt, da diese vorliege, sei „befremdlich“, heißt es erkennbar frustriert in dem Brief.

Tatsächlich gibt es aus Kretschmanns Staatsministerium seit Monaten gleichlautende Antworten, wenn nach den Konsequenzen aus der Studie gefragt wird. „Wir werten die Ergebnisse der Studie derzeit aus – und darauf aufbauend wird der Ministerpräsident entscheiden, wie wir weiter mit diesem Thema umgehen“, lautete die Auskunft Anfang August. Jetzt, zwei Monate später, heißt es auf eine erneute RNZ-Anfrage hin immer noch: „Wie bereits kommuniziert wertet das Staatsministerium die Studie aktuell noch aus.“ Und die Sprecherin ergänzt: „Der Ministerpräsident bittet hier allerdings um Verständnis, dass es in der aktuellen Situation Fragen von akuter Dringlichkeit gibt, die diesem Thema vorgelagert sind.“

Das Signal, das bei den Betroffenen ankommen muss: Sie werden wieder einmal vertröstet. Immer gibt es Wichtigeres, als das Unrecht anzuerkennen, das der Staat ihnen antat. Es ist die Fortschreibung einer fortgesetzten Enttäuschung, die eigentlich seit über zehn Jahren andauert. Wobei die Betroffenen auch in einigen Punkten einfach vom Pech verfolgt werden.

Da ist zum einen die Person des Ministerpräsidenten selbst, die ihnen nicht den erwünschten Rückenwind brachte. Denn als 2011 die grün-rote Landesregierung an die Macht kam, hatten die Betroffenen eigentlich die Hoffnung, dass der neue politische Wind, der jetzt in Stuttgart wehte, auch ihnen zugute kommen könnte: „Unheimlich gefreut“ habe er sich über den Regierungswechsel, bekannte einmal Klaus Lipps, Sprecher der Initiative. Immerhin waren es zuvor CDU-geführte Regierungen gewesen, die mit der Regelanfrage eine ganze Generation unter den „Generalverdacht“ der Verfassungsfeindlichkeit stellten und viele vom Staatsdienst ausschlossen.

Grünen-Politiker Kretschmann hingegen war selbst betroffen: Als angehender Biologie- und Chemie-Lehrer wäre er erst fast nicht für das Referendariat zugelassen worden. Später musste er einige Zeit an einer privaten Kosmetikschule unterrichten, ehe er doch in den staatlichen Schuldienst aufgenommen wurde.

Doch anders als viele andere Betroffene sah Kretschmann sich im Rückblick offenbar weniger als Opfer denn als Verirrten: Ein „fundamentaler politischer Irrtum“ sei sein Engagement im „Kommunistischen Bund Westdeutschlands“ gewesen, sagte er mal. „Einer meiner großen politischen Irrtümer.“ Selbstgeißelung statt Engagement – der 74-Jährige gilt den Betroffenen seit langem als Verhinderer, nicht als Unterstützer.

Aber auch andere politische Fürsprecher fehlen der Initiativgruppe. Einer, der sich intensiv für sie einsetzte, war der Weinheimer Grünen-Landtagsabgeordnete Uli Sckerl. Er hatte 2015 einen „Runden Tisch“ ins Leben gerufen, der die Betroffenen mit der Landespolitik in Kontakt bringen sollte. Gemeinsam mit der damaligen Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) entstand auch die Idee der wissenschaftlichen Aufarbeitung. Jetzt aber, wo deren Ergebnis vorliegt, kann Sckerl nicht mehr an der Seite der Betroffenen kämpfen: Er starb am 14. Februar 2022 nach schwerer Krankheit.

Und nicht einmal aus der Wissenschaft gibt es prominenten Rückhalt. Noch im Januar, zum 50. Jahrestag des „Radikalenerlasses“, hatte sich der Historiker Edgar Wolfrum, Leiter des Forschungsprojektes, zwar in vielen Medien und sehr klar positioniert. Im März wurden dann allerdings Plagiatsvorwürfe gegen den Heidelberger Professor erhoben – nicht wegen der Forschung zum Radikalenerlass, ein anders Werk ist betroffen; die Universität prüft noch. Doch Wolfrum ist vorerst verstummt – inzwischen auch „krankheitsbedingt“, wie es auf der Homepage seines Lehrstuhls heißt.

Resignieren wollen die Betroffenen trotzdem nicht – sondern ihren jahrzehntelangen Kampf fortsetzen. Mit einer Entschuldigung wollen sie sich übrigens nicht mehr abspeisen lassen. „Es geht um Wiedergutmachung kollektiven Unrechts“, schreiben sie an Kretschmann. „Wir erwarten uneingeschränkte politische Rehabilitierung und Entschädigung“.